

Trumps Politik und der Green Deal: Europa am Abgrund?

Gerald Grosz kritisiert die europäische Politik und den Green Deal, während er die Verantwortung der USA betont.



Österreich, Österreich - In der aktuellen politischen Debatte wird die Rolle der europäischen Autoproduzenten im Kontext des Green Deals der EU und der wirtschaftlichen Auswirkungen politischer Entscheidungen zunehmend kritisch hinterfragt. **oe24 berichtet** über einen Kommentar von Gerald Grosz, der klarstellt, dass nicht der ehemalige US-Präsident Donald Trump, sondern das Scheitern der europäischen Politiken der Grund für die Krise in der Automobilindustrie sei. Die Kritik richtet sich insbesondere an die Regierungen in Österreich und Deutschland, die seiner Meinung nach zu einem hohen Schuldenstand und einer sich anbahnenden Rezession führten.

Die Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist,

umfassen eine dreijährige Rezession und eine Deindustrialisierung, die direkt Folge der aktuellen politischen Strategien sind. Der Kommentar deutet darauf hin, dass die politische Elite in Europa Versäumnisse zu verantworten hat und damit die wirtschaftliche Krise eigenständig herbeigeführt hat.

Der Green Deal und seine Auswirkungen

Im Kontext dieser Diskussion stehen die ehrgeizigen Klimaziele des Green Deals der Europäischen Union. Laut **Cicero** wird die EU im Juli ein Dutzend klimapolitische Maßnahmen ankündigen, die darauf abzielen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 50 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Ziel ist es, bis 2050 klimaneutral zu werden. Diese Maßnahmen werden vor allem den Transportsektor und die Industrie betreffen. Doch die Umsetzung wird sich als herausfordernd erweisen, da die Mitgliedstaaten Schwierigkeiten haben, diese Richtlinien zu realisieren.

Die Pläne der EU, die Anzahl der Elektrofahrzeuge bis 2030 erheblich zu erhöhen, könnten schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben. Eine Umstellung auf Elektromobilität könnte in Deutschland bis 2025 etwa 178.000 Arbeitsplätze kosten und die hohen Kosten für Elektrofahrzeuge sowie unzureichende staatliche Anreize könnten die Käufe durch Verbraucher behindern. Dies verstärkt die Kritik, dass die politischen Entscheidungen nicht die bestehenden wirtschaftlichen Herausforderungen berücksichtigen.

Spaltungen innerhalb der EU

Diese Maßnahmen könnten auch zu einer weiteren Spaltung zwischen den Mitgliedsstaaten führen. Die EU plant zudem, etwa 33 Prozent der Energie bis 2030 aus erneuerbaren Quellen zu beziehen, obwohl der aktuelle Anteil bei nur 19,7 Prozent liegt. Auch die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen aus Russland könnte durch den Green Deal zurückgehen, wobei einige Länder, wie Polen, weniger Unterstützung erhalten, da sie sich nicht

bereit erklärt haben, bis 2050 klimaneutral zu werden.

Der Green Deal hat weitreichende Implikationen für die gesamten europäischen Energiewirtschaft und wird wahrscheinlich auch die politischen Debatten in den Mitgliedsstaaten beeinflussen. Es bleibt abzuwarten, wie die Integration dieser modernen Technologien und der Druck zur Emissionsreduzierung mit den wirtschaftlichen Realitäten und Herausforderungen in Einklang gebracht werden kann.

| Details | |
|----------------|---|
| Ort | Österreich, Österreich |
| Quellen | <ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.cicero.de |

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at